

Unsere Position ist klar. Wir unterstützen den Gesetzentwurf des Volksbegehrens

und ein Entschließungsantrag – unterschrieben von Herrn Saleh, Herrn Schneider, Herrn Stroedter und den übrigen Mitgliedern der Fraktion der SPD; ich weiß nicht, ob Sie das alle unterschrieben haben; es gibt einige, die grinsen, ich kann mir schon denken, wer da nicht so begeistert ist –, in dem ich lese:

Der Gesetzentwurf begegnet durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken.

Das fällt Ihnen jetzt, nach anderthalb Jahren, ein! – Wie passt die Aussage

Wir unterstützen den Gesetzentwurf des Volksbegehrens, weil er im Kern unsere Politik unterstützt.

mit dem Aufruf am Ende des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen zusammen, wo es heißt:

Unterstützen Sie kein Gesetz, das ein absehbares und unbeschränktes Risiko für den Landeshaushalt Berlins darstellt, und stimmen Sie deshalb mit Nein!

Hier steht: Ein „absehbares“ und gleichzeitig „unbeschränktes“ Risiko – das passt nicht so richtig zusammen. Vielleicht habt ihr das „unabsehbar“ der CDU in den Verhandlungen hart abgerungen, sodass es jetzt „absehbar“ heißt. Aber das macht diesen Quatsch nicht besser, um es mit Herbert Wehner zu formulieren, sondern nur noch quätscher!

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Jetzt gucken wir uns einmal die Argumente im Einzelnen an! Was wird angeführt? – Es wird im Entschließungsantrag der Koalition angeführt, dass den beiden Unternehmen unwirtschaftliches Arbeiten gestattet werden soll, weil das nirgendwo im Gesetz geregelt sei. Ein Blick ins Gesetz hilft auch hier bei der Wahrheitsfindung. § 7 legt fest: Das Unternehmen wird nach kaufmännischen Grundsätzen geführt. – Der erste kaufmännische Grundsatz ist Gewinnerzielung, und der zweite ist kaufmännische Vorsicht. Das ist alles andere als ein Freibrief, um eine gigantische Subventions- und Verlustmaschine zu Lasten des Landes Berlin anzuwerfen, sondern es wird klar gesagt: Es soll nach kaufmännischen, das heißt nach wirtschaftlichen Grundsätzen gearbeitet werden.

[Beifall bei der LINKEN]

Es wird behauptet, es gebe keinerlei öffentliche Kontrolle, weder durch Senat noch durch Abgeordnetenhaus. Auch hier: Die Rechtsaufsicht ist geklärt. Es sind Vertreter des Senats im Verwaltungsrat. Was machen die denn da? Üben die Kontrolle aus, oder üben sie keine Kontrolle aus?

[Uwe Doering (LINKE): Wie beim Flughafen!]

Der Rechnungshof hat Prüfungsrechte. Was ich aber zugestehe, was in diesem Gesetzentwurf nicht geregelt ist, ist die Frage der Gesellschafterrechte, der Gesellschafter- oder der Gewährträgerversammlung. Das ist ein Mangel in diesem Gesetzentwurf. Das ist aber nicht verboten, und es wäre kein Problem, wenn das Abgeordnetenhaus diese nichtexistente Regelung als Zusatz einfügt und damit klare Rechte des Gewährträgers formuliert und regelt. Damit wären alle Bedenken, die die SPD an dieser Stelle formuliert hat, ausgeräumt. Das wäre möglich gewesen, und deshalb sage ich: Es macht keinen Sinn, hier gegen die eigene Überzeugung zu handeln. Die Frage ist: Wie weit will man sich an dieser Stelle selbst verbiegen?

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Sie müssten jetzt bitte zum Schluss kommen!

**Harald Wolf (LINKE):**

Ich komme gleich zum Schluss.

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Diesmal stimmt die Angabe „keine Redezeit mehr“, Herr Abgeordneter!

**Harald Wolf (LINKE):**

Aber es wurden, wenn ich richtig informiert bin, großzügige fünf Minuten vereinbart, weil hier zwei Entwürfe drin sind. – Ich sage den letzten Satz: Es wäre für die SPD klüger gewesen, sich nicht zu einigen und zu meinen, man würde dadurch eine abstrakte Handlungsfähigkeit demonstrieren, und sich nicht selbst zu verleugnen. Es wäre besser gewesen, sich nicht selbst zu demontieren und die Handlungsfreiheit als Partei zu behalten. Dann hätten ihr beim Volksentscheid mit Ja stimmen können. So seid ihr gefangen, und ihr werdet durch den Volksentscheid am 3. November abgeräumt werden, weil es dann die klare Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner für den Gesetzentwurf geben wird. Dann werden wir gucken müssen, was an diesem Gesetzentwurf neu geregelt werden muss.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Schneider das Wort.

[Uwe Doering (LINKE): Wie kommt man vom Ja zum Nein? Da bin ich mal gespannt!]

**Torsten Schneider (SPD):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wolf! Ich finde bemerkenswert, dass Sie mit einem von uns auch diskutierten Weg Ihren Redebeitrag beenden, nämlich dem, ein Volksgesetz durch Parlamentsgesetz zu ändern. Das ist nicht unser Weg, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen.

Das Defizit, das Sie hier adressieren, ist genau das, warum wir die Bevölkerung ehrlicherweise auffordern müssen, diesen Volksentscheid abzulehnen. Wir sehen folgende Problematik: Es fehlt die Anwendbarkeit der Landeshaushaltsordnung. Es fehlt auch – und zwar ausdrücklich – die Anwendbarkeit des Berliner Betriebs-Gesetzes. Wir haben eine Anstalt des öffentlichen Rechts BSR, wir haben eine Anstalt des öffentlichen Rechts BVG – da ist das eine Selbstverständlichkeit, und da korrespondiert auch die verschärfte Haftung. Üblicherweise handeln Unternehmen mit beschränkter Haftung in Kapitalgesellschaften, nämlich auf ihr Gesellschaftsvermögen.

Das ist bei Anstalten öffentlichen Rechts anders. Hier gibt es einen vollständigen Durchgriff auf den Landeshaushalt und damit auch ein erhöhtes, nämlich maximales Risiko für alle anderen Politikfelder. Dem korrespondiert zwingend – nicht nur politisch, sondern auch rechtlich, wie wir meinen –, dass es eine Gesellschaftervertretung geben muss, die über die des Aufsichtsrats hinausgeht, nämlich die Gewährträgerversammlung, und das haben Sie klar – und dafür danke ich Ihnen – als Defizit adressiert. Sie ist in diesem Gesetz nicht enthalten. Den Weg, das hinterher zu reparieren, halten wir für schlichtweg ungehörbar. Ich würde Sie gern sehen wollen, was Sie hier erzählen, wenn wir sozusagen den Volkswillen nicht respektieren. Die Rede ist doch schon längst geschrieben, Herr Kollege Wolf!

[Uwe Doering (LINKE): Das hätten Sie heute einbringen können!]

Der zweite Punkt: Am Ende des Tages stellen wir fest, dass die Einzige, die ihre Positionen nicht geändert hat, die Koalition ist.

[Lachen bei der LINKEN]

Wir haben bereits am 5. Dezember 2012 unseren Weg hier vorgeführt. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der genau dieses Defizit im Vorgriff abräumt und ein Ökostadtwerk mit Gewährträgerversammlung vorsieht, ein ökologisches Stadtwerk mit 100 Prozent Ökostrom innerhalb des Betriebs-Gesetzes. Das war bedauerlicherweise mit den Vorhabenträgern nicht verhandelbar. Weder die Geltung der Landeshaushaltsordnung noch die Gewinnerzielungsabsicht des Betriebs-Gesetzes fanden bei den Vorhabenträgern das Einverständnis. – Das ist die Wahrheit, die hier in der Genese erwähnt werden muss.

Was wir hier erleben, bringt meiner Einschätzung nach plebiszitäre Elemente unter Druck. Es fehlen der politische Gestaltungswille und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Das fällt so weit auseinander und korrespondiert in keiner Weise mehr, dass sich hier die Systemfrage stellt. Das muss man mal in Ruhe abstrakt diskutieren.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Bei der Koalition, oder was?]

– Herr Lux, darauf komme ich gleich zu sprechen. – Hier ist so: Dieses Parlament trägt die Gesamtverantwortung für die gesamten Politikfelder, für den gesamten Haushalt.

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

Bemerkenswerterweise sind ausgerechnet die Parlamentarier, jedenfalls faktisch, unwählbar für den Verwaltungsrat, der hier alle Kontrollelemente übernehmen soll. Dazu hätten Sie sich mal verhalten sollen! Es gab Zeiten, da wurden parlamentarische Rechte erkämpft und auch Schulter an Schulter von Parlamentariern verteidigt.

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Herr Kollege Esser! Das sagen uns doch alle auf den Gängen: Wir müssen das abräumen, was Sie selbst für verfassungsrechtlich problematisch halten. Ich habe ja Verständnis dafür, dass die Opposition die parlamentarischen Rechte für den kleinen taktischen Vorteil unter Druck geraten lässt. Das kann eine Regierungskoalition aber nicht mit sich machen lassen.

Alles in allem erleben wir eine massive Haftungsverstärkung und eine vollständige Abschaffung öffentlicher Kontrolle. Das gipfelt darin, dass da Leute, die gewählt werden – unter Ausnahme der Abgeordneten –, über ihre eigene Vergütung und ihre eigene gesellschaftsrechtliche Entlastung befinden sollen. Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg zum gemeinsamen politischen Ziel ist. Sie sollten mit uns vielmehr beraten, wie man die Idee des Stadtwerkes im Konsens, möglicherweise in parlamentarischer Befassung, regeln und verwirklichen kann.

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Zurufe von Uwe Doering (LINKE) und  
Martina Michels (LINKE)]

Ich möchte Ihnen noch einen Hinweis geben: Ich bin ja froh, dass inzwischen klar ist, dass wir keine Rekommunalisierungsdebatte miteinander führen. Ich habe Verständnis dafür, dass man diese Geschichte erzählt, aber mit Rekommunalisierung hat dieser Volksentscheid nichts zu tun.

[Katrin Lompscher (LINKE): Ach so, sondern?]

Ich hoffe, dass wir insoweit wenigstens ehrlich miteinander umgehen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

**(Torsten Schneider)**

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Schneider! – Das Wort für eine Kurzintervention hat der Herr Abgeordnete Harald Wolf. – Bitte sehr!

**Harald Wolf (LINKE):**

Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schneider! Der Beitrag eben hat den Widerspruch nicht auflösen können

[Beifall bei der LINKEN –  
Martina Michels (LINKE): Richtig!]

zwischen der Beschlusslage des SPD-Landesvorstandes, der Erklärung des SPD-Fraktionsvorsitzenden gegenüber der Presse, dass man das alles unterstütze. Kurz vor Torresschluss, nach anderthalb Jahren, kommen euch auf einmal rechtliche Bedenken. Liebe Leute! Das ist absurd, das ist eine faule Ausrede. Das ist nicht nachvollziehbar!

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Jetzt zur Sache: Der Gesetzentwurf des Energietisches hat eine Regelungslücke. Er regelt nicht, wo und wie die Gesellschafterfunktion wahrgenommen wird. Das ist eine Ergänzung, die man einfügen kann. Das steht nicht in Widerspruch zu dem Gesetzentwurf, und das wäre auch nicht das Problem.

[Michael Schäfer (GRÜNE): Genau!]

Man könnte es also tun.

[Torsten Schneider (SPD): Wann denn?]

Wir werden ja vor der Situation stehen. Wenn sich die Prognose des SPD-Landesvorsitzenden bewahrheitet, die ich teile, dass der Volksentscheid am Ende erfolgreich ist, dann haben wir ein Gesetz, das durch Volksgesetzgebung in Kraft gesetzt worden ist, wo die Gesellschafterfrage nicht geregelt ist. Deshalb werden wir sie dann regeln müssen. Warum verbiegt ihr euch so, dass ihr jetzt zu einem Nein aufruft, wenn ihr die Aufgabe anschließend sowieso lösen müsst?

Nun komme ich zu dem Punkt mit den Abgeordneten: Abgeordnete sitzen in der Regel in keinem Aufsichtsrat, jedenfalls in keinem Aufsichtsrat der Anstalten öffentlichen Rechts. Ich finde es richtig, dass dem so ist, weil die Abgeordneten ihre Unabhängigkeit von den Unternehmensgremien haben müssen, um ihre parlamentarischen Kontrollpflichten ausüben zu können und um die Unabhängigkeit zu wahren.

[Joachim Esser (GRÜNE): Ja!]

Das hat was mit der Trennung zwischen Exekutive und Legislative zu tun. Wer will, dass Abgeordnete in den Aufsichtsgremien der Unternehmen sitzen und dann anschließend diese Unternehmen über das Parlament kontrollieren müssen, der schwächt das Parlament, statt es zu stärken.

[Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Deshalb finde ich es richtig, was der Energietisch an dieser Stelle formuliert hat.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank! – Sie möchten antworten, Herr Schneider? – Bitte sehr!

**Torsten Schneider (SPD):**

Meine Damen und Herren! Ich habe überhaupt keine politischen Einwände, dass Abgeordnete nicht in Aufsichtsräten sitzen. Ich habe ein Problem damit, dass man mir das von Gesetzes wegen verbietet, denn ich fühle mich als Bürger mit jedem anderen gleichberechtigt.

[Lachen bei der LINKEN –  
Zurufe von den GRÜNEN]

Die Begründung dafür, dass Abgeordnete von Gesetzes wegen nicht Mitglied eines Aufsichtsrates sein dürfen, ist ja nun völlig abstrus. Man hat Angst vor Majorisierung. Es handelt sich aber um eine Wahl!

[Zuruf von Heidi Kosche (GRÜNE)]

Wenn also vor Mehrheiten durch Wahlen von Gesetzes wegen – – Dann können wir ja sozusagen auch die CDU für unwählbar erklären, dann haben wir ein Problem bei der Bundestagswahl weniger.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN  
und den PIRATEN –

Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Haben Sie das auch schon gemerkt?]

Das ist Ihr Weg! Da haben wir aber ein anderes demokratisches Verständnis. Wir stehen lieber im Wettbewerb mit der CDU.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Zu dem anderen Punkt: Es ist ja nicht nur so, dass uns die fehlende Senatskontrolle stört. Da habe ich jetzt Erstaunliches von Ihnen gehört, dass Sie da nämlich bereit sind nachzusteuern. Das ist ein zentraler Punkt. Zumindest haben wir insoweit Konsens, ein für mich sehr überraschender Konsens. Davon habe ich noch nie gehört,

[Martina Michels (LINKE): Weil Sie nicht zuhören!]

obwohl unser Gesetzgebungsvorhaben seit Dezember 2012 – – Ich habe bisher nur Nein von Ihnen gehört, jedenfalls keinen Konsens, kein Angebot in diese Richtung.

[Beifall bei der SPD –  
Zuruf von Uwe Doering (LINKE)]

In diesem Volksbegehren stehen zwei Dinge: Lasst uns ein Stadtwerk gründen – da haben wir überhaupt kein

**(Michael Schäfer)**

Problem miteinander, da sind wir inhaltlich völlig derselben Meinung –, und lasst uns eine Netzgesellschaft gründen. – Die zentrale Frage, die Sie heute nicht beantworten werden, deren Antwort ich mit Sicherheit auch nicht bis zum 3. November vom Vorhabenträger erfahre: Weshalb sollte die Berliner Bevölkerung eine Netzgesellschaft gründen, die sich an Verfahren um die Netze überhaupt nicht beteiligen kann? Das ist doch die zentrale Frage, und das wird die Presse für sich auch noch beantworten müssen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Schneider! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort Herr Abgeordneter Schäfer. – Bitte sehr!

**Michael Schäfer (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 17. Juni hat der SPD-Landesvorstand zwei Beschlüsse gefasst: Der Volksentscheid soll zur Bundestagswahl kommen. Der Koalitionsbeschluss darauf lautete: Nein, sechs Wochen danach. – 1,5 Millionen Euro lässt dieser Senat es sich kosten, die Demokratie zu behindern. Der SPD-Parteivorstand hat im Juni beschlossen, das Gesetz des Energietisches im Abgeordnetenhaus zu übernehmen. Der Koalitionsbeschluss heute: Es gibt keine Übernahme. Darüber hinaus: SPD und CDU empfehlen sogar ein Nein zu diesem Volksentscheid, den der SPD-Parteitag unterstützt hat. Herr Saleh! Sieht es so aus, wenn Sie immer sagen: Wir setzen sozialdemokratische Politik mit der CDU um? – Herzlichen Glückwunsch!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN  
und den PIRATEN]

Herr Schneider versucht, eine Diskussion aufzumachen, die aufs Glatteis führt. Von verfassungsrechtlichen Bedenken ist da die Rede. Ich zitiere mal Klaus Wowereit. Klaus Wowereit hat uns am 14. August 2012 geschrieben:

Der Gesetzentwurf widerspricht weder dem Grundgesetz noch sonstigem Bundesrecht oder der Verfassung von Berlin.

Das sind seine Worte. Es kann sein, dass sich Herr Wowereit irrt, und dann werden die Gerichte diese rechtlichen Probleme ausräumen, wie bei jedem anderen Gesetz auch. Deshalb müssen wir diese Debatte nicht führen. Hier geht es um eine Richtungsentscheidung. Ein Volksentscheid ist immer eine Richtungsentscheidung.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN  
und den PIRATEN]

Jetzt kommt Herr Schneider mit dem Einwand, diese neuen Modelle demokratischer Kontrolle, die das Volksgesetz vorsieht, stellten ein Haushaltsrisiko dar. Wer in

Berlin glaubt denn noch, dass die jetzige Kontrolle landeseigener Unternehmen funktioniert? Wer glaubt denn noch, dass die Kontrollmechanismen bei der Landesbank erfolgreich waren, bei Verlusten von 9 Milliarden, die uns die große Koalition eingefahren hat? Wer glaubt denn noch, dass die Kontrollmechanismen am BER funktionieren? Diese traditionellen Modelle führen doch dazu: Da sitzen Herr Wowereit und Herr Henkel dabei, und es sind auf der Baustelle am BER mehr Unternehmensberater als Arbeiter anwesend. Das ist die Art von Kontrolle, die nicht funktioniert! Das Haushaltsrisiko sitzt hier an dieser Senatsbank, das ist nicht im Volksgesetzentwurf zu finden.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN  
und den PIRATEN]

Deshalb kann man diese neuen Modelle erproben und nach zwei Jahren nachbessern, wo sie nicht funktionieren. Das ist kein Problem. Schlechter als heute kann es nicht laufen.

Der Volksentscheid ist eine Richtungsentscheidung. Er ist die Richtungsentscheidung, ob Berlin ein Stadtwerk wirklich will. Was Sie hier erzählen, Sie wollten ja ein Stadtwerk gründen, da sehen wir die Wahrheit doch im Haushaltsentwurf. 1,5 Millionen pro Jahr wollen Sie da reinstecken. Zwei mal 1,5 Millionen, so viel kostet ein einziges Windrad. Das Eigenkapital der Stadtwerke Pfarrkirchen ist 3 Millionen. So wenig wollen Sie für ein Stadtwerk Berlin als Zuschuss vorsehen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Pfarrkirchen hat halb so viele Einwohner wie Berlin-Biesdorf. Das ist kein Stadtwerk. Das ist so tun als ob. Wir brauchen ein richtiges Stadtwerk. Dieses Stadtwerk muss in den nächsten vier Jahren 500 Millionen Investition allein mobilisieren, damit die Hausaufgaben des Landes bei der Energiewende gemacht werden, damit die landeseigenen Gebäude für die Energiewende fit werden, damit wir Blockheizkraftwerke in landeseigenen Gebäuden kriegen, damit wir Kerne von dezentralen Nahwärmenetzen bauen können.

[Zuruf vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit]  
– Sie müssen nicht nach Herrn Esser rufen, der sieht das genauso! – Und das kriegen wir hin. Diese Frage „Richtiges Stadtwerk oder so tun als ob, wie es der Herr Wowereit will“, das ist die Frage, die der Volksentscheid entscheidet.

Bei den Netzen gibt es auch eine klare Entscheidung, die das Volk zu treffen hat. Sie planen doch den schmutzigen Deal mit Vattenfall. Sie wollen doch mit Vattenfall gemeinsam dieses Stromnetz führen. Sie wollen das Modell Wasserbetriebe hier auch beim Strom einführen. Und da kann nur ein Volksentscheid Nein sagen und Sie davon abbringen, diesen Irrweg zu gehen. Deshalb kämpfen wir für ein Ja zum Volksentscheid.